

West-Schulung für Ost-Richter in Leipzig: „Viele lassen sich nichts sagen“

„Ein Ost, zwei West“

Wie westdeutsche Juristen aus den Überresten der DDR-Justiz den Rechtsstaat aufbauen wollen

Eine Prozeßlawine rollt auf die Gerichte in der ehemaligen DDR zu. Dort versuchen West-Juristen, die Rechtsprechung nach dem vielfach unbekanntem bundes-

deutschen Recht notdürftig aufrechtzuerhalten. Die Helfer stoßen auf Säcke voller unerledigter Post, Durcheinander in den Prozeßakten – und auf die alte SED-Garde.

Die vier Dinge, die jeder Jurist über Wahlen wissen sollte, stehen mit Kreide geschrieben auf der Tafel in Raum 230 des Leipziger Bezirksgerichts: Wahlen sind „allgemein – unmittelbar – frei – gleich“.

Martin Kainz, 36, Regierungsdirektor aus dem bayerischen Justizministerium, hat das angeschrieben. 22 Männer und Frauen, zumeist Richter am Bezirksgericht, schreiben es ab.

Vor ihnen auf den Tischen stehen gefaltete Kärtchen mit dem bayerischen Staatswappen. Die sind zu Beginn des Verfassungsrechtskurses ausgegeben worden, damit die Teilnehmer ihre Namen draufschreiben.

So hoffnungsvoll ging es los, am Dienstag nach der Vereinigung bei der Justiz in Leipzig. Und Szenen wie diese gab es fast überall bei den Gerichten in der ehemaligen DDR.

Die meisten Verhandlungen waren erst einmal abgesagt. West-Juristen erklärten den Ost-Juristen den demokratischen Rechtsstaat – ganz von vorn.

Sie werden nicht weit kommen. Schon wenige Tage nach dem Beginn der neuen Zeit müssen die Helfer aus dem Westen merken, wie wenig sie mit den Ge-

setzbüchern erreichen können, die sie in Umzugskartons mitgebracht haben: Noch immer beherrscht der alte SED-Apparat die Ost-Justiz.

„Auf Gummiwände“, so der Eindruck des Kieler Richters Claus Jelinek, seien seine Bemühungen gestoßen, beim Bezirksgericht in Schwerin mit Rechtsstaat-Know-how auszuweichen: „Viele lassen sich nichts sagen.“ Zwecklos sei, so das barsche Resümee der Kollegen vom Hessischen Richterbund, die Investition von Geld und guten Worten: Mit den Juristen im Osten sei „kein Rechtsstaat zu machen“.

Viele der rund 1000 Richter und 800 Staatsanwälte, die an ihrem Arbeitsplatz ausharrten, bis sie von der Bundesrepublik vorläufig übernommen wurden, haben offenbar kein Interesse, für den Rechtsstaat zu büffeln, der sie früher oder später feuern wird: „Nackte Existenzangst“, sagt der Kieler Justiz-Ministeriale Dirk Stojan, habe sich seit der Vereinigung beim Ost-Personal breitgemacht.

Und das Personal begehrt auf: „Wie unabhängig ist ein Richter, der unter Existenzangst richten muß?“ empört sich der Cottbuser Richter Frank Mittag

in einem offenen Brief an seine westdeutschen Kollegen. Er und die anderen Richter seien nun „Anfeindungen, Beeinflussungsversuchen, Denunziationen unmittelbar ausgeliefert“.

Dicke Luft herrscht an den Gerichten. Doch der Betrieb muß weitergehen, denn eine Prozeßlawine unbekanntem Ausmaßes rollt mit dem wirtschaftlichen Aufbau auf die Justiz in den fünf Ost-Ländern zu.

Jeder wird gebraucht. „Damit die Rechtsprechung weitergeht“, sagt Uwe Ibendorf, seit Januar Direktor des Bezirksgerichts in Schwerin, „will ich im Moment jeden in der Justiz halten.“ Um „die Reibungsverluste“ zu minimieren, verbreitet der Mann in seinem Haus nun „überall ein bißchen Optimismus“.

Dabei weiß Ibendorf selber nicht, ob er dazu überhaupt Grund hat: Auch er gehört zur SED-Altlast im Haus.

Zur Zeit gibt es noch 10 Richter am Bezirksgericht – besonders Belastete sind freiwillig gegangen, andere wollen lieber als Anwälte ihr Geld verdienen. Zur Aushilfe sind nun 9 Kollegen aus dem Westen gekommen, macht zusammen 19. Aber: „50 müßten es sein“, sagt der Direktor Ibendorf. Wenigstens die

dringenden Fälle können sie in Schwerin so verhandeln: Die Kammern sind mit Dreier-Teams besetzt, „ein Ost, zwei West“, so sagen es die Ost-Kollegen.

Aus westlicher Sicht kann Justiz so gar nicht funktionieren: „In Schwerin fehlt es überhaupt an allem, die Bibliothek hat den Namen nicht verdient, mit Autos haben wir erst mal Gesetzestexte, Kommentare und Zeitschriften rübergeschafft“, berichtet Jürgen Daniels vom Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg (Bibliotheksbestand: 88 000 Titel).

Doch mit Büchern und Fachzeitschriften zu arbeiten ist auch früher in der DDR nicht üblich gewesen – die gab es kaum. „Bis zum 3. Oktober ist der Betrieb hier nicht zusammengebrochen“, prahlt der Schweriner Direktor Ibendorf – und er wird auch jetzt, Rechtsstaat hin, Rechtsstaat her, nicht zusammenbrechen.

Um die Kontinuität zu wahren sind allerdings Kompromisse nötig. Das Gerichtssiegel im Schweriner Bezirksgericht drückt noch immer Hammer und Zirkel, die Symbole des Arbeiter-und-Bauern-Staates, auf die Urteilsausfertigungen.

Ibendorf sieht sich von der Obrigkeit alleingelassen: „Die letzte Anweisung war, wir sollen das Siegel erst mal weiterverwenden.“ Die Anordnung stammt vom 1. Oktober und kam vom Ost-Berliner Justizministerium.

Seit dem 3. Oktober ist von oben überhaupt nichts mehr zu hören. Mangels funktionierender Landesregierungen ist die Justiz im Osten weitgehend sich selbst überlassen. Es gibt weder Formulare noch Schreibmaschinen noch jemanden, bei dem man sie bestellen könnte.

Mit Kugelschreiber auf Altpapier notiert so die Leipziger Richterin Uta Hennig die Rehabilitierungsanträge, die Leipziger Bürger beim Bezirksgericht in großer Zahl stellen – ein Notdienst. Die Zuständigkeit, für West-Juristen stets der allererste Gesichtspunkt jeder rechtlichen Prüfung, spielt da keine Rolle: „Die Bürger müssen fühlen“, sagt die Richterin Hennig, „daß wir uns um sie kümmern.“

Jeder neue Anfang, der da gewagt wird, beruht vorerst auf Eigeninitiative bürgerfreundlicher Juristen. „Nun macht mal schön“, kritisiert Hauke Jagau vom niedersächsischen Justizministerium, sei das Motto des Auftrags, wie ihn die Bonner und Ost-Berliner Manager der Vereinigung den Ländern erteilt hätten: „Der Einigungsvertrag“, sagt Jagau, „berücksichtigt überhaupt in keiner Weise den Aufbau der Rechtsstaatlichkeit in der ehemaligen DDR.“

Laut Einigungsvertrag wird es auf Jahre in Deutschland zwar eine Einheit des geschriebenen, nicht aber des gespro-

chenen Rechts geben. Denn ein konsequenter Umbau der Ost-Rechtsprechung wäre in der Eile der Vereinigung gar nicht zu schaffen gewesen.

So gibt es auf Jahre weiterhin die 223 Kreisgerichte (entsprechend den westdeutschen Amtsgerichten) und 14 Bezirksgerichte (mit Aufgaben wie bei westdeutschen Land- und Oberlandesgerichten) aus der Honecker-Ära. Es bleiben die alten Akten, die alten Schreibtische – und die alten Leute.

Die Alternative, ein totaler Neuanfang mit neuen Juristen, neuem Gerichtsaufbau, ist von westdeutschen Justizpolitikern immer wieder gefordert worden – riskiert hat es nur die neue deutsche Hauptstadt. Berlins Justizsenatorin Jutta Limbach („Eine Stadt kann nicht mit zweierlei Recht leben“) suspendierte alle Richter der einstigen



Schweriner Gerichts-Chef Ibendorf
„Ein bißchen Optimismus“

DDR-Hauptstadt und wies ihre eigenen Leute an, die östlichen Aktenschränke auszuräumen.

Was da zum Vorschein kam, widerspricht allem, was über die Ordnungsliebe totalitärer Staaten in Umlauf ist. „Das Chaos“ entdeckte Eberhard Ilgut, 52, Geschäftsleiter vom Amtsgericht Wedding, als er in den Ost-Berliner Justizpalast in der Littenstraße zum Aufräumen kam.

In den verlassenen Büros der Stadtbezirksgerichte – so heißen in Ost-Berlin die Kreisgerichte – stapelte sich Post, die zum Teil seit fünf Jahren nicht bearbeitet worden war. An seinem neuen Arbeitsplatz fand Ilgut hinterm Schreibtisch einen großen weißen Sack, prall gefüllt mit Zigtausenden von Kirchenaustrittsgesuchen.

Eine halbe Million Akten fanden die West-Juristen auf dem Speicher in der



Leipziger Richterin Hennig
„Wir sind ja auch nicht dümmer“

Littenstraße – unsortiert. Der West-Berliner Rechtspfleger Andreas Blank, 25, sieht wenig Chancen, da Ordnung hineinzubringen: „Die Zuordnungen nach Jahrgängen und Abteilungen fehlen vollkommen – da ist alles durcheinander.“

Dem Berliner Landesverband der Justizgewerkschaft war die Pionierarbeit im Ostteil der Stadt entschieden zu schmutzig: Büro und Verhandlungssäle seien so verreckt, daß erst einmal Putzkolonnen einrücken müßten – damit eine „ordnungsgemäße Aktensichtung“ möglich sei.

Seit zehn Monaten, seit der Wende, ist offenbar bei der Ost-Berliner Justiz kaum noch etwas getan worden – die Eingangsstempel der unbearbeiteten Post belegen es. „Die waren eben nicht mehr motiviert“, erklärt sich Verwalter Ilgut das Chaos.

Den Tiefpunkt der Motivation, kein Wunder, erlebte Ilgut am 2. Oktober, als er die Akten übernehmen wollte: Die Ost-Kollegen „waren voll des süßen Weins“.

Daß es Schwierigkeiten geben würde, den Ost-Juristen die Akten abzunehmen, war vorhersehbar gewesen. Seit Wochen schon hatte der nach der Wende eben erst gegründete DDR-Richterbund versucht, die Bürger gegen die West-Justiz aufzubringen.

Der DDR-Richterbundvorsitzende Uwe Weitzberg, im Februar immerhin von der Mehrheit aller Ost-Richter zu ihrem Sprecher gemacht, verbreitete Angst-Parolen wie in den Hoch-Zeiten des DDR-Fernsehkommentators Karl-Eduard von Schnitzler: Er könne es als Richter nicht verantworten, so ließ er in Interviews verbreiten, künftig „einer Mutter mit drei Kindern, die mal einen Monat absolut ihre Miete nicht zahlen

kann, im Namen des Volkes den Räumungsbescheid zu verkünden“ – „und das kommt“.

Weitzberg, bis zur Vereinigung Direktor des im Durcheinander versunkenen Stadtbezirksgerichts Berlin-Mitte, sparte noch im Untergang nicht mit großen Worten: „Wenn der Ost-Richter geht, verliert der Ost-Bürger seinen wichtigsten Anwalt.“

Für die Ost-Berliner Bürger jedenfalls ist die Radikal-Lösung verwirrend. Sie müssen ihre Verfahren nun von den West-Berliner Gerichten weiterbearbeiten lassen. Die West-Justiz hat freilich Außenstellen in den Justizgebäuden im Ost-Teil eingerichtet.

Dort sind die Mitarbeiter vorwiegend damit beschäftigt, ratlos umherirrende Justizklientel über die neue Gesamtberliner Organisation aufzuklären. Rund 30 000 Sachen hängen allein bei den Stadtbezirksgerichten Mitte und Prenzlauer Berg, die nun vom Amtsgericht Wedding übernommen worden sind. Der Wedding Rechtspfleger Blank ist allerdings optimistisch: Die ratsuchenden Ost-Berliner seien „zwar konfus, aber freundlich“.

Rein rechnerisch, so kalkulieren die Experten der Justizverwaltung, müsse die Mehrarbeit aus dem Osten von der eingespielten West-Justiz zu schaffen sein: 22 Verfahren beispielsweise muß durchschnittlich jeder West-Berliner Zivilrichter übernehmen – dann sind die Ost-Rückstände aufgearbeitet.

„Naiv“ findet allerdings die Berliner Landrichterin Elisabeth Mülders, 39, solche Rechnungen: Schließlich müssen alle in der DDR begonnenen Prozesse nach Ost-Recht zu Ende geführt werden – dabei hat am Landgericht doch „niemand Ahnung von den DDR-Gesetzen“.

Daß die West-Richter, die sich – so der Tonfall im *Neuen Deutschland* – „anmaßen“, über „unsere Richter“ zu urteilen, nun erst mal das Recht des untergangenen SED-Staats lernen müssen, erfüllt so manchen Juristen in Ost-Berlin mit Schadenfreude.

Die Ostler müssen sich, wenn sie als Richter arbeiten wollen, beim Justizsenator nun erneut – wie jeder Berufsanfänger – um eine Richterstelle bewerben. „Entwürdigend“ nennt das *Neue Deutschland* dieses Verfahren, das früher oder später auch den anderen Ost-Juristen bevorsteht. Sie müssen Mitgliedern von Richter-Wahlauschüssen bis ins Detail über ihre politische Vergangenheit berichten.

Die Inquisition ist für den Berliner Modell-Fall gut vorbereitet – Justizsenatorin Limbach hat einen Fragebogen ausarbeiten lassen, der den über 300 Neubewerbern aus dem Osten schon zugegangen ist. Frage 5 zum Beispiel lautet: „Haben Sie mit dem

Ministerium für Staatssicherheit der DDR oder dem Amt für Nationale Sicherheit hauptamtlich/nebenamtlich gegen Bezahlung/ohne Bezahlung oder in sonstiger Weise zusammengearbeitet?“

Die Antworten auf solche Fragen will die Senatorin Limbach mit den in Salzgitter gesammelten Unterlagen über Unrechtsakte in der DDR abgleichen lassen. „Nur sehr wenige Kollegen“, fürchtet der Ost-Berliner Weitzberg, „werden diese Prüfung überstehen.“

Ein großer Verlust wär's jedenfalls nach Ansicht des Berliner Justizstaatssekretärs Wolfgang Schomburg nicht. Die DDR-Juristen seien „rein fachlich“ ungeeignet für den Justizdienst. Er halte es „sogar für denkbar“, daß Rechtsanwälte anzweifeln, ob die Richter aus dem Osten „überhaupt als Justizpersonen im Sinne unserer Gesetze“ im Gericht auftreten dürfen.

Schomburg gehört zu denen, die das Berliner Modell des reinen Tisches am liebsten auf die gesamte Justiz in den fünf neuen Ländern ausdehnen würden. Selbst ein „vorübergehender Stillstand der Rechtspflege“ wäre auch dem Frankfurter OLG-Präsidenten Horst Henrichs „immer noch lieber als die klammheimliche Übernahme eines wesentlichen Teils der dortigen Richter“.

Doch die Mehrheit der westdeutschen Justizpolitiker erklärt den Totalaustausch der Richterschaft im Osten zu einem utopischen Projekt. „Praktisch unmöglich“ sei der General-Rauswurf, glaubt auch der Vorsitzende des westdeutschen Richterbunds, Franz Joseph Pelz, wenngleich „die Kollegen im Osten mit unserem Richterbild nichts gemein haben“. Doch: „Irgend jemand muß ja die Arbeit machen.“

Wollte eines der östlichen Neu-Länder sich entschließen, es dem Berliner Modell gleichzutun, müßte es entweder ein Alt-Land gewinnen, die Justizarbeit vorübergehend mitzuerledigen, oder es müßte ein paar hundert Juristen aus dem Westen anwerben und anstellen.

Beide Möglichkeiten sind unrealistisch. Kein westliches Bundesland kann es sich leisten, so viele Richter für die Akten im Osten abzukommandieren. Schon jetzt klagen die Gerichte aller Länder über Arbeitsüberlastung.

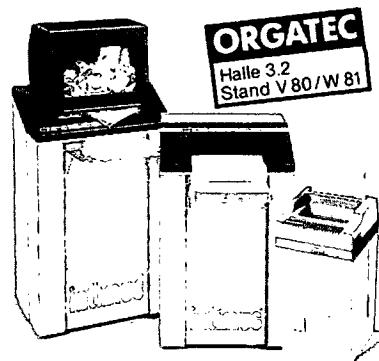
Auch Juristen, die bereit sind, ihren Arbeitsplatz in den Osten zu verlegen, werden sich kaum in nennenswerter Zahl finden – soweit sie bislang einigmaßen erfolgreich gearbeitet haben. „Nur die Allerschlechtesten oder Superidealisten“, fürchtet der hanno-



Know-how weg?!

Jahrelang „vertraute“ er seinem Papierkorb erledigte Computer-Ausdrucke an. Dann tauchten diese sorglos weggeworfenen Unterlagen beim Wettbewerb auf...

INTIMUS-Aktenvernichter garantieren die datenschutzgerechte Vernichtung von erledigten Geschäftsunterlagen.



Vertrauen Sie nicht länger Ihrem Papierkorb. Lassen Sie sich im guten Bürofachhandel beraten oder fordern Sie Unterlagen an:
 ► Fax: (0 75 44) 60-2 48
 ► Telefon: (0 75 44) 60-3 05



Postfach 14 20 · 7778 Markdorf

intimus®
Aktenvernichter

versche Kriminologie-Professor Christian Pfeiffer, der seit langem an der Organisation des deutsch-deutschen Juristenaustauschs beteiligt ist, kämen für den schlechtbezahlten Job in Betracht.

Ein westdeutscher Richter erhält am Anfang 4700 Mark monatlich – die Juristen im Osten arbeiten vorläufig für knapp 1500 Mark Monatslohn.

Wie schwierig es ist, den westdeutschen Juristen überhaupt ein akzeptables Angebot zur Mitarbeit zu machen, mußten die Kollegen vom Kreisgericht in Potsdam erfahren. Eine Sozialrichterin und ein Arbeitsrichter aus Nordrhein-Westfalen, die dort zur Aushilfe eintrafen, fuhren gleich wieder ab: Sie fanden keine Wohnung.

Man könne halt, so sieht es die Gerichtsdirektorin Bettina Eetz, 31, hier „den Westdeutschen nicht zumuten, was den DDR-Richtern zugemutet wurde“.

Sie denkt dabei an die Verhältnisse beim nahen Kreisgericht Potsdam-Land: Da hat eine Zeitlang ein Richter mangels Wohnung in seinem Dienstzimmer genächtigt. Aufsehen gab es gelegentlich morgens vor Dienstbeginn: Da lief, die Parteien waren schon da, der Richter im Schlafanzug durch die Gänge.

So müssen die Justizminister der neu entstandenen Bundesländer froh über

jeden Richter und Staatsanwalt der genügsamen alten Garde sein – eine Situation, die geradezu dazu einlädt, die Vergangenheit manches bewährten Juristen zu übersehen.

Wie schon einmal, nach dem Ende der Nazizeit, droht der Plan zu scheitern, das Justizpersonal nach solchen, die Recht, und solchen, die Unrecht gesprochen haben, zu sortieren – an Kompromissen, Beschönigungen und persönlicher Rücksichtnahme.

Um über die Zukunft der vorläufig im Amt gebliebenen Juristen zu entscheiden, sind noch von der Volkskammer Prüfungsausschüsse eingesetzt worden. Die sollen nach und nach das Rechtspersonal der ehemaligen DDR überprüfen. Doch die Arbeit der Ausschüsse ist schon jetzt in Mißkredit geraten.

„Der Schaden, den diese Ausschüsse anrichten können“, ahnt die *Süddeutsche Zeitung*, „ist viel größer als jeder denkbare Nutzen.“ Ein Drittel der Richter, die zusammen mit Parlamentariern in den Spruch-Gremien sitzen, steht nach Ermittlungen westdeutscher Justizministerien in Verdacht, selber schwer belastet zu sein. Schon macht



Ex-Richterbund-Chef Weitzberg
„Wichtigster Anwalt der Ost-Bürger“

das Wort von den „Richterwaschanlagen“ die Runde.

Zwar steht es den nun neu gewählten Landtagen frei, die Ausschüsse mit anderen Prüfern zu besetzen. Doch die Frage bleibt, was die Spruchkammern eigentlich an der alten Mannschaft überprüfen wollen.

Den ersten Vorschlag für Kriterien, nach denen Auswahl unter den Richtern des alten Regimes zu treffen sei, haben die Betroffenen selbst gemacht. Unakzeptabel, so formulierte der mittlerweile aufgelöste DDR-Richterbund,



Aktenspeicher im Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte: „Die waren eben nicht mehr motiviert“

seien Kollegen, die dreierlei gezeigt hätten:

- ▷ „vorausseilenden Gehorsam“,
- ▷ „prinzipienlose Aufgabe jeder Form richterlicher Unabhängigkeit“,
- ▷ „unbotmäßige Härte“.

Der Clou: Nur Richter, auf die alle drei Kriterien gemeinsam zutreffen, sollten ausscheiden. Denn, so die Logik des Richterbund-Vorsitzenden Weitzberg: „Eines der Kriterien“ sei bei „fast jedem“ gegeben.

Eben. Es gehörte zum System in der DDR, daß die Richter vor der Entscheidung einer Rechtsfrage die Kollegen der nächsthöheren Instanz anriefen, um – vorausseilender Gehorsam – zu erfragen, was das Oberste Gericht wohl zu dem Fall sagen würde.

risten, die für den Aufbau des Sozialismus beim Strafmaß „immer noch ‘ne Kelle draufgelegt“ hätten.

Praktisch jeder Jurist müßte auch ausscheiden, wenn die Kriterien ernst genommen werden, die nun nach dem Muster westlicher Beamten-Beurteilungen im Gespräch sind. Danach kann vor den Ausschüssen nur bestehen, bei wem positiv erwiesen ist:

- ▷ die „Treue zum freiheitlichen Rechtsstaat“,
- ▷ die „moralische und politische Integrität“,
- ▷ die „fachliche Eignung und Fortbildungsbereitschaft“.

Doch wer will Richtern Verfassungstreue bescheinigen, die sich in freier Berufswahl zum Dienst für ein Unrechts-



FDJ-Aktivistin Kuhn*: Jubelparolen im Neuen Deutschland

Die prinzipienlose Aufgabe jeder Unabhängigkeit war den Richtern von der SED ebenfalls wie selbstverständlich abverlangt worden: „Das Gericht unterliegt in seiner gesamten Rechtsprechung der Anleitung durch die Partei der Arbeiterklasse“, lautete einer der Lehrsätze, die von Rechtstraktaten wie dem *Schöff*en verbreitet wurden.

Streiten kann man bestenfalls, welche Härte bei DDR-Urteilen – drittes Kriterium – als „unbotmäßig“ zu betrachten war. Botmäßig jedenfalls war es bis zur Wende, für Meinungsäußerungen oder „Zusammenrottungen“ mehrere Jahre Haft zu verhängen.

Und verbreitet, so räumt der Strausberger Kreisrichter Mathias Knies ein, seien unter den Kollegen die „Kellensmenschen“ gewesen. So hießen jene Ju-

regime entschieden haben? Wie ist ernsthaft über die „moralische und politische Integrität“ von Juristen zu diskutieren, die der Stasi in die Hände arbeiteten?

Stasi-Helfer, so sieht es zumindest Johannes Beleites vom Leipziger Bürgerkomitee, seien in irgendeiner Weise die meisten gewesen. In seiner Stadt, sagt Beleites, gebe es „genug belastendes Material“, um „alle zu feuern“.

Die Leipziger Stasi-Zentrale, so entdeckten die Bürgerrechtler, sei gesteckt voll mit Gerichtsakten gewesen. „Gestohlen worden“, sagt Beleites, seien die bei Gericht sicher nicht.

Bei den Verdächtigten stoßen solche Thesen freilich auf Empörung. „Ausgerechnet die Richterschaft“, beklagte sich vor wenigen Wochen erst der damals frisch ernannte Vize-Direktor des Leipziger Bezirksgerichts, Hans-Dieter Fritsche, „soll nun der Sündenbock

* Bei einer Feierstunde mit Staats- und SED-Chef Erich Honecker und der Parteispitze 1979.

photokina
Weltmesse des Bildes

Professional
Media

Mitsubishi
Neuheiten

● Videoprinter
für elektronische
Bildverarbeitung

● Daten-Großbild-
Monitore von
29" bis 37"
Autoscan

● Daten-Video-
Projektor 120"
675 Lumen
Autoscan

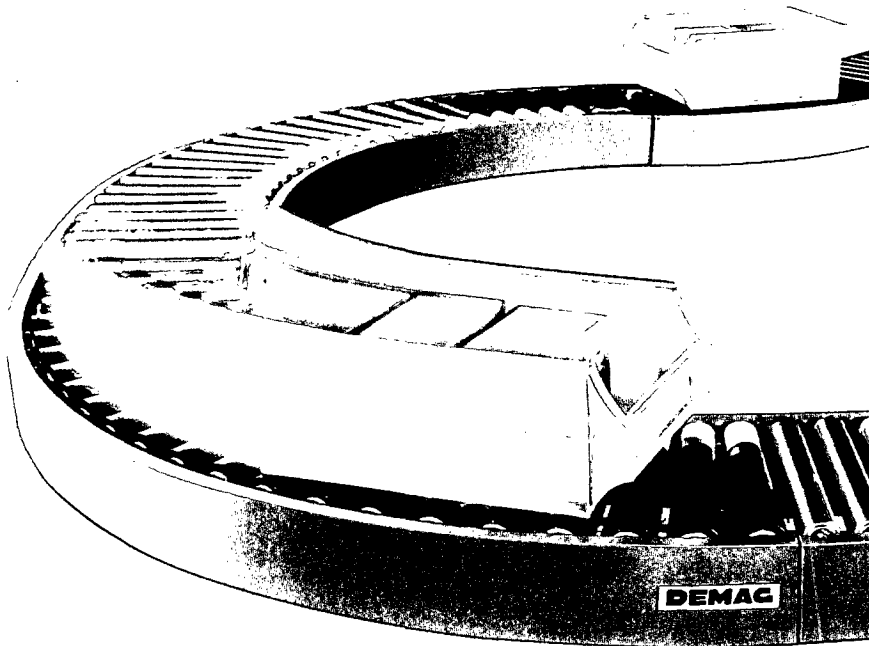
Verkauf und Beratung durch:

Video Plus Professional Video Vertrieb
2000 Hamburg 20
Tel. 040-4710601, Fax 040-47106117

Erben Elektronische Medien GmbH
5860 Iserlohn
Tel. 02371-43070, Fax 02371-430725

DIGI Plus
8500 Nürnberg
Tel. 0911-832106, Fax 0911-832204

MITSUBISHI
ELECTRONIC VISUAL SYSTEMS



■ Heute zum Thema Stückgutförderer

30% der Produktionskosten fließen in den Materialfluß. Tag für Tag.

350 Milliarden Mark zahlten Deutschlands Unternehmen alleine im letzten Jahr für die innerbetriebliche Logistik. Abermillionen ließen sich einsparen, würde man mehr in moderne Materialflußtechniken investieren, mit denen Lager- und Transportkosten gesenkt, Lieferzeiten verkürzt und Arbeitsplätze humanisiert werden.

Große Möglichkeiten der Rationalisierung eröffnen sich auch für kleine und mittlere Unternehmen. Schon mit einer kleinen Anlage aus wenigen Metern Stückgutförderern werden Arbeitsabläufe spürbar vereinfacht.

Weil unsere Fördertechnik im Baukastensystem konzipiert ist, wächst sie mit jeder Ihrer Aufgaben. Selbst Anlagen anderer Hersteller lassen sich problemlos

erweitern. Und manches läßt sich sogar selberbauen. Wodurch Sie am Ende nochmal sparen.

Schreiben Sie uns, wenn auch Sie nach neuen Wegen suchen, Materialflußkosten zu senken. Wir senden Ihnen gern weitere Unterlagen und nennen Ihnen die Anschrift eines unserer Vertriebszentren ganz in Ihrer Nähe. Schließlich sind wir der Hersteller mit dem größten Servicenetz der Branche. Nichts liegt deshalb für uns näher, als überall und jederzeit für unsere Kunden da zu sein.

Mannesmann Demag Fördertechnik
Systemtechnik
Postfach 16 01 80, 6050 Offenbach
Telefon (069) 89 03-0
Telefax (069) 89 032 99, Telex 4 152 811

4007-010

Demag. Der Name für Fördertechnik.

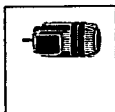
Nur wer aus der weltgrößten fördertechnischen Produktpalette wählen kann, kann objektive Lösungen für jedes Problem anbieten.



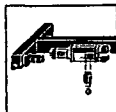
Hubwerke



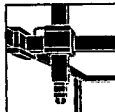
Fahrwerke



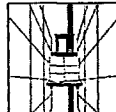
Bremsmotoren



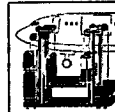
Lauf- und Hängekrane



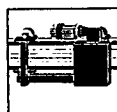
Portalroboter



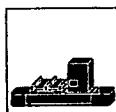
Regalbediengeräte



Flughafentechnik



Elektrohängebahnen



Fahrerlose Transportsysteme



Stückgutförderer



Steuerungshard- und -software



Systemsimulation

... und viele weitere Komponenten, Geräte und Systeme sowie Steuerungshard- und -software für die Fördertechnik.

sein.“ Wer, wenn nicht Herr Fritsche? Der Mann, so enthüllten Beileites Leute kurz darauf, habe auch zur Stasi gehört: als „Inoffizieller Mitarbeiter Sicherheit“ – Deckname Klaus Richter. Doch Fritsche, wenngleich als Vize-Direktor entmachtet, läßt sich noch immer auf Westrecht umschulen.

Eisernen Durchhaltewillen legte auch die – nach dem Urteil des Stuttgarter Justizministerialen Martin Schairer – „von der SED völlig verseuchte“ Staatsanwaltschaft an den Tag. Gerade die Staatsanwälte mit der dunkelsten Vergangenheit tun sich nun als Wende-Juristen hervor.

So beobachteten Mitarbeiter beim Generalstaatsanwalt in Braunschweig, daß die Staatsanwälte, die von ihren Vorgesetzten im Osten zu Hospitationen hergeschickt wurden, regelmäßig eine ganze Latte von Einträgen in der Unrechtskartei in Salzgitter hatten. Empört über die Negativ-Auswahl, die ihnen da geschickt wurde, brachen die Niedersachsen die Zusammenarbeit ab.

Klare Fälle wie diese gibt es genug. Doch wie sollen die Spruchkammern das Gros der Kandidaten sortieren, von denen sich Genaueres nicht sagen läßt?

West-Kollegen tun sich schwer bei dem Versuch, ein gerechtes Urteil zu fällen. „Wenn man die frei berichten hört von ihrer früheren Tätigkeit“, erzählt der schleswig-holsteinische Richter und Mitarbeiter im Justizministerium Dirk Stojan von seinen Gesprächen im Osten, „kommt man zu dem Schluß, nein, die kann man nicht übernehmen.“ Komme man den Leuten dann „menschlich etwas näher“, sei man „plötzlich hin- und hergerissen“.

Völlig offen ist, wie es weitergehen wird mit den vielen Richtern, die, ohne selbst offenkundige Unrechtsurteile gesprochen zu haben, angepaßte Erfüllungsgehilfen der SED gewesen sind – zum Beispiel jemand wie die Direktorin am Kreisgericht Wittenberg, Maritta Kuhn, 36.

„Ob ich Ende des Jahres noch hier sitzen werden, weiß ich selber nicht“, sagt sie. Aus ihrer SED-Vergangenheit jedenfalls wird sie kein Hehl machen.

Als FDJ-Sekretärin hat sie bei einer Jubelfeier sogar Erich Honecker die Hand gedrückt – das war 1979, ein Bild davon kam prompt ins *Neue Deutschland*.

„Dort, wo wir arbeiten und lernen“, sagte sie damals auf, „werden wir tagtäglich durch hohe Leistungen das in uns gesetzte Vertrauen rechtfertigen.“ Wegen solcher Sprüche, ohne Sinn dahergeplappert, kann man ernsthaft keinen Richter feuern.

Die Partei fand sie treu genug, ihr ein Fernstudium des Rechts zu ermöglichen und sie später zur Richterdirektorin zu machen. Aber: „Nie“, behauptet

tet sie, habe sie sich in ihre Urteile von der Partei hereinreden lassen.

Wer will die Juristin der Lüge bezichtigen? Wenn nicht noch ein paar schlimme Urteile mit ihrer Unterschrift im Keller auftauchen, wird sie wohl ihren Posten behalten.

Etwa 60 Prozent der ehemaligen DDR-Richter, so die grobe Schätzung westlicher Justizpolitiker, gehören in die Kategorie der Juristin Kuhn. In Salzgitter ist über sie nichts zu finden. Und in den Stasi-Akten, soweit sie zugänglich sind, auch nicht.

Gleichwohl würden diese Juristen für die Dritte Gewalt im neuen Deutschland ein schweres Manko bedeuten: Sie genießen Vertrauen weder im Osten noch im Westen.

Die Richter des untergegangenen Staates haben beim Volk keine Autorität mehr. „Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist minimal“, stellte der Kieler Richter Jelinek bei seiner Arbeit in Schwerin fest. „Die Bürger wollen sich von den Justizorganen nichts mehr sagen lassen“, beobachtete Eberhard Stolz vom baden-württembergischen Justizministerium, der in Sachsen den „Arbeitsstab Justizverwaltung“ leitete.

Die „mißliche Situation“ (Stolz), daß die Justiz nicht mehr ernst genommen wird, führt in Mecklenburg beispielsweise dazu, daß auch die gerade neu zusammengestellten Richter-Kammern gar nicht zum Verhandeln kommen: Parteien und Zeugen erscheinen einfach nicht zum Termin.

Ebenso wie die moralische macht auch die fachliche Qualifikation der Richter in den fünf neuen Bundesländern Rechtspolitikern im Westen Sorgen. „Die Wirtschaft wird sie nicht annehmen“, prophezeit der Berliner Staatssekretär Schomburg.

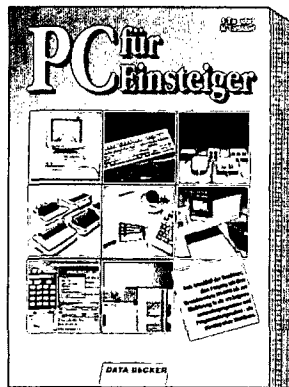
Ehe sie kostspielige Rechtsstreitigkeiten den Schmalspur-Richtern anvertrauen, so die Befürchtung von Justizpolitikern, werden Geschäftsleute regelmäßig bei Vertragsabschlüssen eine – im Zivilrecht zulässige – Vereinbarung über einen Gerichtsstand im Westen treffen. Die West-Gerichte wären dann alsbald mit Händeln aus dem Osten blockiert.

Die Leipziger Richterin Uta Hennig ist ganz optimistisch, daß sie das neue Recht schnell beherrschen wird: „Wir sind ja auch nicht dümm“, sagt sie. Gleichwohl rechnen Rechtspolitiker wie der Mainzer Justizminister Peter Caesar, daß es zehn Jahre dauern wird, bis die Rechtsprechung in ganz Deutschland dasselbe Niveau erreicht haben wird.

Die Diplom-Juristen aus dem Osten müssen sich nicht nur in völlig neue Rechtsgebiete wie Verwaltungsrecht und Wirtschaftsrecht einarbeiten. Auch im vertrauten Zivilrecht, dessen

Bücher von DATA BECKER Praxisnahe Kompetenz, auf die Sie sich verlassen können!

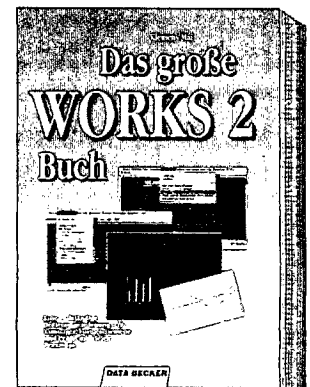
Wir machen Sie fit für Ihren PC – mit der richtigen, praxisorientierten Lektüre. Egal, ob Einsteiger, Aufsteiger oder Profi: Fragen Sie nach Büchern von DATA BECKER! Man erhält sie überall im guten Buchhandel in Computer-Fachgeschäften und in den Warenhaus-Fachabteilungen.



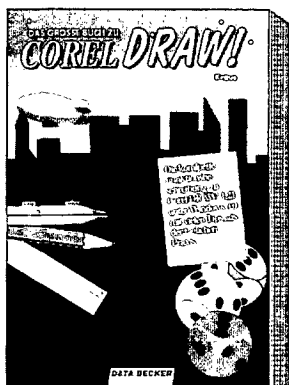
Mit diesem Buch beginnt Ihr Einstieg in die PC-Welt bereits vor dem Computerkauf: Lassen Sie sich von einem erfahrenen Autoren-Team ohne kompliziertes Fachchinesisch die verschiedenen Rechner-Systeme und die wichtigsten Programme erklären. „PC für Einsteiger“ vermittelt Ihnen nicht nur wichtige Einkaufstipps und macht Sie mit den Grundzügen des Betriebssystems vertraut, das Buch zeigt Ihnen auch, wie man selbst Programme schreibt. **PC für Einsteiger Hardcover, 405 Seiten, DM 49,-**



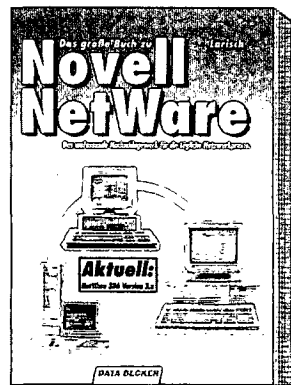
Das brandaktuelle DOS-4.0-Buch – ein Nachschlagewerk, das Ihnen die Sicherheit gibt, jederzeit alle Informationen über Ihr Betriebssystem griffbereit zu haben. Nutzen Sie die höchstmögliche Verbindung von Profi-Fachwissen einerseits und verständlicher Darstellung andererseits: Dieser Band bietet Ihnen eine optimale Übersicht durch die Unterteilung in einen problem-orientierten und einen Nachschlageteil sowie viele Tips & Tricks zu DOS 4.0. **Das große DOS-4.0-Buch Hardcover, 708 Seiten, DM 59,-**



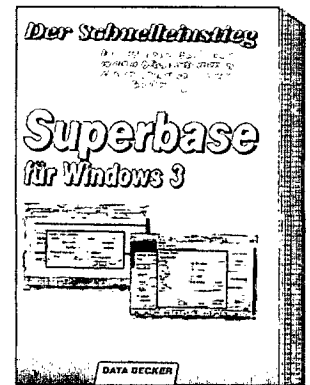
Um WORKS war es still geworden. Desto auffälliger präsentiert sich jetzt WORKS 2. Lesen Sie im großen WORKS-2-Buch, was das neue Programm-Paket leistet, und profitieren Sie von den vielen Beispielen, die sich leicht für Ihre Praxis übernehmen lassen. Das Buch enthält u. a. ein spezielles Kapitel für Einsteiger sowie eine Übersicht über alle Neuerungen: So kann jeder Anwender unabhängig von seinen Vorkenntnissen WORKS 2 unmittelbar nutzen. **Das große WORKS-2-Buch Hardcover, 456 Seiten, DM 49,-**



Innerhalb kürzester Zeit avancierte COREL DRAW zu einem der wichtigsten Grafikprogramme für den Personal Computer. Natürlich gehört zu einem derart einzigartigen Programm auch ein einzigartiges Nachschlagewerk: Das große Buch zu COREL DRAW. Gegliedert in einen Grundlagen-, einen Referenz- und einen Praxisteil, bietet dieser Band alles, was Sie über COREL DRAW wissen müssen. Das Buch bespricht die neue Version 1.21 unter Windows 3. **Das große Buch zu COREL DRAW Hardcover, 435 Seiten, DM 59,-**



Wenn an Ihrem PC zu Hause etwas schief läuft, ist das schon schlimm genug – im Rechnerverbund können die Folgen ungleich schwerer ausfallen. Am besten, Sie lassen sich hier gleich von einem Netzwerk-Profi beraten. Dirk Larisch ist ein solcher Profi. Mit seinem großen Buch zu Novell NetWare steht er Ihnen als kompetenter Partner bei allen Fragen zur Installation und Nutzung von Netzwerken zur Seite. **Das große Buch zu Novell NetWare Hardcover, 509 Seiten, DM 79,-**



Wir haben etwas gegen langweiliges Einstudieren von Superbase-Befehlen: den Schnelleinstieg Superbase für Windows 3! Hier brauchen Sie sich nicht erst lange um unnötige theoretische Details zu kümmern. Hier geht es gleich zur Sache: Von Anfang an arbeiten Sie mit Ihrem Programm. Dieser Band zeigt Ihnen anhand von Beispielen, wie es gemacht wird. Das ist Know-how auf den Punkt gebracht. **Der Schnelleinstieg Superbase für Windows 3 155 Seiten, DM 19,80**

DATA BECKER

Grundzüge in beiden deutschen Staaten durchaus ähnlich geregelt waren, müssen sie völlig neu lernen.

Die Regeln über Kauf, Miete, Erbschaft und Eigentum sind im Kapitalismus mit einer für Abkömmlinge des Realsozialismus schwer nachvollziehbaren Präzision und Ausführlichkeit ausgestaltet. Das Erbrecht im Zivilgesetzbuch der DDR umfaßte 66 Paragraphen, im BGB sind es 464.

Ähnlich unterschiedlich ist der Regelungsaufwand für den Prozeß: Die Zivilprozeßordnung im Osten hatte 209 Paragraphen, die westliche zählt 1048.

Ein Vielfaches des kodifizierten West-Rechts macht die Unzahl der Präjudizien der oberen Bundesgerichte

Viel helfen wird auch das nicht. Denn das neue Recht enthält weite Entscheidungsspielräume, die durch kein Kompendium und kein Präjudiz ausgefüllt werden. Sind Sitzblockaden strafbare Gewalt oder gewaltloser Widerstand? Viele westdeutsche Richter erkannten auf Strafe, andere auf Freispruch.

Die SED-getrimmten Juristen „wissen doch nicht“, fürchtet der Richterbundsvorsitzende Pelz, „woran sie sich orientieren sollen, wenn's zwei Kommentarmeinungen gibt“. Fast ohne Orientierung sind beispielsweise die Jugendrichter: Das Jugendstrafrecht überläßt Sanktionen vollkommen dem Einfallsreichtum des Juristen im Einzelfall.

sicht Pfeiffers wie vieler seiner Universitäts-Kollegen die schnelle Ausbildung einer ganz neuen Richtergeneration für den Osten.

West-Wissenschaftler haben sich schon auf den Weg gemacht. An der Leipziger Universität wird eine neue juristische Fakultät aufgebaut, an der ausschließlich Westler lehren werden. Neue Jura-Fakultäten soll es auch in Rostock und Greifswald geben.

Der Nachwuchs müßte sich allerdings einem Blitz-Studium unterziehen. Für eine gediegene West-Ausbildung (Durchschnittsdauer: neun Jahre) ist in den neuen Ländern keine Zeit.

An die 4000 Richter, so schätzen Experten im Bonner Justizministerium, werden schon bald zusätzlich im deutschen Osten gebraucht. Denn schon bald wird es viel zu tun geben.

Die umfassende Rechtsschutzgarantie des Grundgesetzes verbürgt nun auch den 16 Millionen Ostdeutschen in allen Konflikten, die um Arbeitsplatz, Wohnung und soziale Sicherung bevorstehen, mehrere Instanzen. Und die Rechtsschutz-Versicherer warten nur darauf, daß die Bürger das begreifen.

Verfünffacht gegenüber dem Vorjahr hat sich schon jetzt in manchem östlichen Gerichtsbezirk die Zahl der Arbeitsgerichtsverfahren. Und als nächstes wird voraussichtlich eine Prozeßlawine um die allzu schnellen Geschäfte im ersten Konsumrausch nach der Wende die Gerichte erreichen.

„Gar nicht ausdenken“ mag sich der Richter-Funktionär Pelz, was auf die Gerichte zukommt, „wenn die im Osten merken, was für Krücken man ihnen als Gebrauchtwagen angedreht hat“.

Atom Müll



Großes Robe-Schrubben

Süddeutsche Zeitung

aus, ohne deren Kenntnis selbst das aufwendige Regelwerk des BGB praktisch nicht anwendbar ist. Das knappste in der Praxis verbreitete Kompendium der BGB-Rechtsprechung, der „Palandt“-Kommentar, umfaßt 2300 Seiten, eng wie ein Telefonbuch bedruckt.

Der „Palandt“ ist ausverkauft. So groß war die Nachfrage aus dem Osten, daß der Münchner Beck-Verlag die Kunden nun auf die im Dezember erscheinende Neuauflage vertrösten muß.

Vorher noch will allerdings der Rechtsverlag ein Lehrbuch speziell für die Ost-Juristen auf den Markt bringen: 50 Autoren – Rechtsanwälte und Professoren – sitzen an einer handlichen Gesamtdarstellung des deutschen Rechts, ein, wie der zuständige Beck-Lektor einräumt, „verwegener Plan“.

Was den meisten West-Juristen, die in der Demokratie aufgewachsen sind, als selbstverständlicher Orientierungsrahmen für die tägliche Arbeit dient, muß den Richtern aus der DDR fremd sein: die Auslegung aller Gesetze nach dem Verfassungsgebot „im Zweifel für die Freiheit“ (Bundesverfassungsgericht), die Beachtung des Menschenwürde-Satzes, der es verbietet, Bürgerfreiheiten in den Dienst irgendeiner Sache – und sei's des Sozialismus – zu stellen, das Verhältnismäßigkeitsprinzip, wonach jeder staatliche Eingriff im Einzelfall rechtfertigungsbedürftig ist.

„Unsere ganze Rechtskultur“, sagt der hannoversche Kriminologie-Professor Pfeiffer, „ist denen völlig fremd.“ Erfolgversprechender als jeder Versuch der Umerziehung ist darum nach An-

Eine einzige Katastrophe

Eine Studie des Darmstädter Öko-Instituts offenbart verheerende Sicherheitsmängel im ostdeutschen Atom Müll-Lager Morsleben.

Lothar Wien, dem Stadtdirektor im niedersächsischen Helmstedt, war das Lager für mittel- und schwach-radioaktive Abfälle in Morsleben auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nie ganz geheuer gewesen.

Weil „kein Mensch so genau weiß, was die da eigentlich machen“, ließ Wien schon 1987 für die Helmstedter vorsorglich eine zweite Trinkwasserleitung in den Harz bauen, um die Bewohner der damaligen Grenzstadt vor radioaktiven Rückständen aus dem Müll-La-